



Kommune mit
Zukunft
nur mit
Gleichstellung

Pressespiegel zur

24. Bundeskonferenz der kommunalen
Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

07. – 09. Mai 2017
CongressPark Wolfsburg

Bundesarbeitsgemeinschaft
kommunaler

frauen Büros
und Gleichstellungsstellen ●

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

Inhaltsverzeichnis

30.01.2017	Fachstelle Gender NRW	2	12.05.2017	Celler Presse	26
25.04.2017	Wolfsburger Allgemeine	2	12.05.2017	Celle Heute	28
07.05.2017	Demografiewerkstatt- Kommunen (DWK).	3	12.05.2017	Wuppertal Aktuell	29
08.05.2017	Wolfsburger Nachrichten	4	12.05.2017	Wuppertal Aktuell	30
07.05.2017	Peiner Nachrichten	5	12.05.2017	Focus (Stadt Wuppertal)	31
07.05.2017	Wolfenbüttler Zeitung	5	12.05.2017	Bezirksamt Reinickendorf von Berlin	31
07.05.2017	Gifhorner Rundschau	5	13.05.2017	Lokalplus NRW	33
07.05.2017	Braunschweiger Zeitung	5	14.05.2017	Kiezblatt	34
07.05.2017	Salzgitter Zeitung	5	14.05.2017	Stadt Niederkassel	35
08.05.2017	Wolfsburger Nachrichten	6	15.05.2017	Blickwinkel Schwerte	36
08.05.2017	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)	7	15.05.2017	Blick Aktuell	36
08.05.2017	Regional Wolfsburg	8	15.05.2017	Landkreis Hameln-Pyrmont Focus (Landkreis Hameln-Pyrmont)	39
08.05.2017	Radio38	8	15.05.2017	Stadt Hannover	39
08.05.2017	Stadt Recklinghausen	9	16.05.2017	Stadt Drohlshagen	40
09.05.2017	Vernetzungsstelle	10	16.05.2017	Stadt Korschenbroich	41
09.05.2017	Frauenbüros in Niedersachsen	11	19.05.2017	Stadt Trier	41
09.05.2017	News38	12	19.05.2017	Elke Twesten	42
10.05.2017	Bezirksamt Berlin Mitte	12	23.05.2017	Rheinische Post (RP)	44
10.05.2017	Altkreis Blitz	13	30.05.2017	Heimatreport	47
10.05.2017	Stadt Remscheid	14	01.06.2017	Localbook Faßberg	48
11.05.2017	Focus (Kreis Wesel)	15			
11.05.2017	Focus (Landkreis Verden)	16		Hier der Link zu vielfach angegebenen „Wolfsburger Erklärung“:	
11.05.2017	LAG Sachsen	17		https://www.frauenbeauftragte.org/sites/default/ files/1_leitantrag_wolfsburger_erklaerung_24. buko2017.pdf	
11.05.2017	Stadt Mülheim an der Ruhr	18			
11.05.2017	Stadt Viernheim	19			
11.05.2017	Kreis Unna	20			
11.05.2017	Stadt Falkensee	21			
11.05.2017	Pressemeldung Mecklenburg Vorpommern	22			
11.05.2017	Zweiwochendienst (ZWD)	23			
12.05.2017	Caren Marks	25			
12.05.2017	Ursula Groden-Kranich	26			

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz

30.01.2017 Fachstelle Gender NRW

Bundeskonferenz der kommunalen Frauen und Gleichstellungsbeauftragten,
07.-09.05.17, Wolfsburg

Die 24. Bundeskonferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros findet unter dem Motto „Kommune mit Zukunft - NUR mit Gleichstellung statt.“

Die Konferenz ist nicht nur Treffpunkt des bundesweiten Netzwerks der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, sondern ermöglicht die Auseinandersetzung und Beschäftigung mit aktuellen frauen- und gleichstellungspolitischen Themen. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten soll über neue Wege zur Umsetzung der Gleichstellung in den Kommunen diskutiert werden. Denn „NUR mit Gleichstellung sind Kommunen für die Zukunft gut gerüstet“

Weitere Infos unter <http://www.frauenbeauftragte.org/24-bundeskonferenzwolfsburg-2017>

25.04.2017 Wolfsburger Allgemeine

400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland in Wolfsburg – Auch Niedersächsische sozialministerin dabei

Stippvisite in Wolfsburg: Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) spricht bei der Eröffnung der Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) ist am Montag, 8. Mai, in Wolfsburg. Dann eröffnet die Sozialdemokratin die 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, die vom 7. bis 9. Mai im CongressPark stattfindet. 400 Teilnehmerinnen werden dazu erwartet.

Die Konferenz trägt in diesem Jahr den Titel „Kommune mit Zukunft, nur mit Gleichstellung“. Veranstalterin ist die Bundesarbeitsgemeinschaft kom-

munaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen. Zu deren Sprecherinnen gehört übrigens auch die Wolfsburger Gleichstellungsbeauftragte Beate Ebeling.

Zum Auftakt gibt es am Sonntagabend um 18.30 Uhr Cornelia Rundt einen Empfang im Phaeno mit Oberbürgermeister Klaus Mohrs (SPD). Am Montag startet dann die Konferenz. Die ersten Redebeiträge kommen von Niedersachsens Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD), Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) und der Wolfsburgerin Beate Ebeling.

Es folgen am Montagnachmittag und den ganzen Dienstag über zahlreiche Foren mit einer großen Bandbreite von Themen. Da geht es zum Beispiel um Feminismus heute, Gender und Stadtplanung, Geschlechtergerechtigkeit im ländlichen Raum oder die Integration von Flüchtlingsfrauen. Die Teilnahme ist den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten vorbehalten.

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz

07.05.2017 Demografiewerkstatt-Kommunen (DWK).

KOMMUNE MIT ZUKUNFT - NUR MIT GLEICHSTELLUNG!

07.05.17 - 09.05.17 | Wolfsburg

Das Motto für die 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten „Kommune mit Zukunft, nur mit Gleichstellung“ macht deutlich, dass gelingende Gleichstellungspolitik weiterhin eine der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit von Kommunen ist. Kommunale Gleichstellungsarbeit setzt sich neben den lang bekannten Themen mit neuen Entwicklungen auseinander und bewertet diese gleichstellungspolitisch. Dabei hat sie sich stets an den gesellschaftlichen Veränderungen zu orientieren, deren Auswirkungen als erstes vor allem auf der kommunalen Ebene deutlich spürbar werden. Zur Eröffnung wird Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erwartet, es folgt ein Impulsreferat und anschließend werden Themen in zwölf Foren bearbeitet. Die Demografiewerkstatt Kommunen (DWK) ist am Stand des Kompetenzzentrums Technik-Diversity-Chancengleichheit vertreten. Die Konferenz beginnt am Sonntagabend mit einem Empfang des Oberbürgermeisters Klaus Mohrs und endet am Dienstag um 13:00 Uhr. Die nichtöffentliche Sitzung schließt sich an bis 17:00 Uhr desselben Tages. Veranstaltungsort ist der CongressPark Wolfsburg, Heinrich-Heine-Straße in 38440 Wolfsburg.

www.frauenbeauftragte.org

08.05.2017 Wolfsburger Nachrichten

Montag, 8. Mai 2017

400 Gleichstellungsbeauftragte tagen erstmals in Wolfsburg

Am Vorabend der heutigen Bundeskonferenz kommen die Frauen ins Phaeno.

Von Andreas Stolz

Stadtmitte. Die 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten tagt am heutigen Montag in Wolfsburg. Am gestrigen Sonntagabend gab die Stadt im Phaeno einen Empfang für die Teilnehmerinnen.

300 der 400 zur Tagung erwarteten Gleichstellungsbeauftragten waren bereits angereist und kamen in die Experimentierlandschaft. Die sie, so gewünscht, im Laufe des Abends an den einzelnen Stationen kennenlernen konnten. Ein Leitgedanke der Bundeskonferenz lautet: „Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für ‚Alle‘ schaffen, unabhängig vom Geschlecht.“

Erstmals überhaupt tagt diese Konferenz in Niedersachsen, Beate Ebeling hat sie nach Wolfsburg geholt. Die hiesige Gleichstellungsbeauftragte, eine von zehn Sprecherinnen im Bundesvorstand, erwartet sich vom Kongress „Impulse für unsere Arbeit und einen regen Gedankenaustausch untereinander.“ Die Chance für den Tagungsort Wolfsburg sieht sie so: „Die Stadt kann zeigen, was sie hat und wie sie ist.“ Zum Beispiel hatte Wolfsburg bereits eine kommunale Gleichstellungsbeauftragte, bevor diese Funktion gesetzlich vorgeschrieben wurde.



Wolfsburgs Gleichstellungsbeauftragte Beate Ebeling begrüßte die Teilnehmerinnen im Phaeno. Foto: regios24/Yvonne Nehlsen

Mit Bezug auf die Vorreiterrolle in der 79 Jahre alten Stadt merkte Oberbürgermeister Klaus Mohrs an: „Schon ein Drittel der Zeit gibt es bei uns eine Gleichstellungsbeauftragte.“ Beifall erhielt das Stadtoberhaupt für die Aussage, dass die Führungspositionen in der obersten und der oberen Verwaltungsebene in etwa „pari-pari“ besetzt seien.

Dass die Ausrichtung dieses Bundeskongresses eine Chance

für das Image von Wolfsburg sei, das äußerten übereinstimmend SPD-Landtagsabgeordnete Immacolata Glosemeyer und CDU-Ratsfrau Ludmilla Neuwirth, Letztere ist Mitglied im Gleichstellungsausschuss des Deutschen Städtetags. Die Stadt könne zeigen, wie gut sie in der Gleichstellungsfrage aufgestellt sei.

Angetan vom Phaeno war Katharina Roßmann aus Fulda. „Ein Bau mit futuristischem Charak-

ter“, sagte sie beeindruckt. Von der Tagung erwartete sie „gute inhaltliche Impulse und ganz intensiven Austausch mit den Kolleginnen“. Das interkollegiale Gespräch begann schon beim Empfang. Am Büffet, später an den Experimentierstationen oder im oberen Foyer, das zur Tanzfläche umfunktioniert worden war. Für die Musik sorgte DJ(ane) Soundschwester, mit bürgerlichem Namen Claudia Sonntag.

Diätassistenten haben neue Präsidentin

Wolfsburg. Auf ihrem Bundeskongress in Wolfsburg haben die deutschen Diätassistenten eine neue Präsidentin gewählt. Künftig wird Uta Köpke den Verband der Diätassistenten – Deutscher Bundesverband (VDD) führen. Sie löst Ina Lauer an der Spitze des Verbandes ab.

Rund 1400 Diätassistenten waren am Freitag und Samstag zu ihrem Bundeskongress im Congress-Park zusammengekommen. In ihren Grußworten fanden die Vertreter der kooperierenden Verbände, Professor Dr. Johannes Wechsel (Bundesverband der Ernährungsmediziner) und Dr. Kersten Borchert (Deutsche Gesellschaft für Ernährungsmedizin) lobende Worte. Stolz zeigten sich die Diätassistenten, allen voran VDD-Präsidentin Ina Lauer, dass nach vielen Jahren der politischen Arbeit die Ernährungstherapie bei Mukoviszidose und angeborenen Stoffwechselerkrankungen kürzlich in die Heilmittelrichtlinie aufgenommen wurde.



Uta Köpke (rechts) wurde von der Mitgliederversammlung des VDD zur Nachfolgerin von VDD-Präsidentin Ina Lauer gewählt. Foto: Luise Richter

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

07.05.2017 Peiner Nachrichten

Adresse dieses Artikels:

<https://www.peiner-nachrichten.de/wolfsburg/article210493273/400-Gleichstellungsbeauftragte-tagen-erstmals-in-Wolfsburg.html>

07.05.2017 Wolfenbüttler Zeitung

Adresse dieses Artikels:

<http://www.wolfenbuetteler-zeitung.de/wolfsburg/article210493273/400-Gleichstellungsbeauftragte-tagen-erstmals-in-Wolfsburg.html>

07.05.2017 Gifhorner Rundschau

Adresse dieses Artikels:

<http://www.gifhorner-rundschau.de/wolfsburg/article210493273/400-Gleichstellungsbeauftragte-tagen-erstmals-in-Wolfsburg.html>

07.05.2017 Braunschweiger Zeitung

Adresse dieses Artikels:

<http://www.braunschweiger-zeitung.de/wolfsburg/article210493273/400-Gleichstellungsbeauftragte-tagen-erstmals-in-Wolfsburg.html>

07.05.2017 Salzgitter Zeitung

Adresse dieses Artikels:

<http://www.salzgitter-zeitung.de/wolfsburg/article210493273/400-Gleichstellungsbeauftragte-tagen-erstmals-in-Wolfsburg.html>



Wolfsburgs Gleichstellungsbeauftragte Beate Ebeling begrüßte die Teilnehmerinnen im Phaeno.

Foto: regio24/Yvonne Nehlsen

400 Gleichstellungsbeauftragte tagen erstmals in Wolfsburg

Stadtmitte Am Vorabend der Bundeskonferenz am Montag kommen die Frauen zum Empfang ins Phaeno.

Von Andreas Stolz

07.05.2017 - 21:19 Uhr

Die 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten tagt am Montag in Wolfsburg. Am Sonntagabend gab die Stadt im Phaeno einen Empfang für die Teilnehmerinnen.

300 der 400 zur Tagung erwarteten Gleichstellungsbeauftragten waren bereits angereist und kamen in die Experimentierlandschaft. Die sie, so gewünscht, im Laufe des Abends an den einzelnen Stationen kennenlernen konnten. Ein Leitgedanke der Bundeskonferenz lautet: „Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für ‚Alle‘ schaffen, unabhängig vom Geschlecht.“

Erstmals überhaupt tagt diese Konferenz in Niedersachsen, Beate Ebeling hat sie nach Wolfsburg geholt.

Die hiesige Gleichstellungsbeauftragte, eine von zehn Sprecherinnen im Bundesvorstand, erwartet sich vom Kongress „Impulse für unsere Arbeit und einen regen Gedankenaustausch untereinander.“ Die Chance für den Tagungsort Wolfsburg sieht sie so: „Die Stadt kann zeigen, was sie hat und wie sie ist.“

Zum Beispiel hatte Wolfsburg bereits eine kommunale Gleichstellungsbeauftragte, bevor diese Funktion gesetzlich vorgeschrieben wurde.

Mit Bezug auf die Vorreiterrolle in der 79 Jahre alten Stadt merkte Oberbürgermeister Klaus Mohrs an: „Schon ein Drittel der Zeit gibt es bei uns eine Gleichstellungsbeauftragte.“ Beifall erhielt das Stadtoberhaupt für die Aussage, dass die Führungspositionen in der obersten und der oberen Verwaltungsebene in etwa „pari-pari“ besetzt seien. Dass die Ausrichtung dieses Bundeskongresses eine Chance für das Image von Wolfsburg sei, das äußerten übereinstimmend SPD-Landtagsabgeordnete Immacolata Glosemeyer und CDU-Ratsfrau Ludmilla Neuwirth, Letztere ist Mitglied im Gleichstellungsausschuss des Deutschen Städtetags. Die Stadt könne zeigen, wie gut sie in der Gleichstellungsfrage aufgestellt sei.

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

Angetan vom Phaeno war Katharina Roßmann aus Fulda. „Ein Bau mit futuristischem Charakter“, sagte sie beeindruckt. Von der Tagung erwartete sie „gute inhaltliche Impulse und ganz intensiven Austausch mit den Kolleginnen“. Das interkollegiale Gespräch begann schon beim Empfang. Am Büffet, später an den Experimentierstationen oder im oberen Foyer, das zur Tanzfläche umfunktioniert worden war. Für die Musik sorgte DJ(ane) Soundschwester, mit bürgerlichem Namen Claudia Sonntag.

08.05.2017 Wolfsburger Nachrichten

Adresse dieses Artikels

<http://www.wolfsburger-nachrichten.de/wolfsburger/article210506453/Wolfsburger-Erklaerung-fordert-Ende-des-Ehegatten-Splittings.html>

„Wolfsburger Erklärung“ fordert Ende des Ehegatten-Splittings



Rund 400 hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte tagen seit Sonntag in Wolfsburg. Die Konferenz sollte heute mit der Verabschiedung einer „Wolfsburger Erklärung“ enden.

Foto: regios24/Anja Weber

Wolfsburg Heute endet die Bundeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten in Wolfsburg.

Von Christoph Knoop
08.05.2017 - 20:46 Uhr

Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsstellen hat sich für die Abschaffung des Ehegatten-Splittings ausgesprochen. Die Regelung fördere die Schlechterstellung von Frauen im Berufsleben, so Heike Gerstenberger, eine der Sprecherinnen der Arbeitsgemeinschaft. Außerdem forderte die Bundesarbeitsgemeinschaft die Änderungen des Wahlgesetzes. Künftig sollten bereits Wahllisten paritätisch besetzt sein. „In Frankreich gibt es eine solche Regelung bereits“, so

Heike Gerstenberger, selbst Gleichstellungsbeauftragte in Berlin-Pankow.

Die Forderungen soll Teil der „Wolfsburger Erklärung“ sein, die die rund 400 Teilnehmer der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten heute verabschieden möchten. Bereits am Sonntag waren die Teilnehmer zu einem Empfang nach Wolfsburg gereist. Gestern dann eröffnete Cornelia Rundt, niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, den Kongress. „Häufig müssen wir den Frauen erstmal klar machen, was für Rechte sie haben.“ Die ebenfalls angekündigte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig ließ sich kurzfristig entschuldigen und schickte ihre parlamentarische Staatssekretärin Caren Marks nach Wolfsburg.

Die Erkenntnis in den Workshops und Reden: Es bleibt viel zu tun. In manchen Bereichen verbessert sich die Gleichstellung nur langsam – und in manchen gar nicht. So liege der Frauenanteil in den Vorständen 100 börsennotierter Unternehmen noch immer bei nur sechs Prozent. „Von Dynamik keine Spur! Der Weg zu mehr Frauen in Spitzengremien in der Privatwirtschaft ist also lang und mühsam“, betonten in einer gemeinsamen Rede Inge Trame, Brigitte Kowas und Petra Borrmann als Sprecherinnen der Bundesarbeitsgemeinschaft. Im öffentlichen Dienst sei die Lage zwar grundsätzlich besser, es sei aber erforderlich, die Gleichstellungsbeauftragten weiter zu stärken.

Auf eine neue Herausforderung machte die Wolfsburger Gleichstellungsbeauftragte Beate Ebeling aufmerksam – die Integration geflüchteter Frauen. „Häufig müssen wir den Frauen erstmal klar machen, was für Rechte sie haben.“

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

08.05.2017 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Adresse dieses Artikels

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/bundeskonferenz-der-kommunalen-frauen-und-gleichstellungsbeauftragten/116052>

08.05.2017 Aktuelle Meldung

Gleichstellung in den Kommunen voranbringen
Bundeskonferenz der Kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

Kommunen ermutigen, Gleichstellung voranzubringen – das ist das Ziel der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, die von Caren Marks, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesfrauenministerin, eröffnet wurde.



Gruppenfoto mit Caren Marks und der niedersächsischen Gleichstellungsministerin Cornelia Rundt

Die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesfrauenministerin, Caren Marks, trifft die niedersächsische Gleichstellungsministerin Cornelia Rundt und die Bundessprecherinnen der BAG

© Susanne Hübner

Caren Marks, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesfrauenministerin, hat am 8. Mai die 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Wolfsburg eröffnet. Unter dem Motto „Kommune mit Zukunft, nur mit Gleichstellung“ diskutieren über 400 Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte an zwei Konferenztagen über die Zukunft der kommunalen Gleichstellungspolitik.

Das Motto der Konferenz macht deutlich, dass gelungene Gleichstellungspolitik ein entscheidender Faktor für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen ist. Denn die Auswirkungen der sich rasant ändernden Arbeitswelt und Gesellschaft sind als Erstes in den Kommunen zu spüren.

Caren Marks betonte bei der Eröffnung:

„Wir im Bundesfrauenministerium wollen noch mehr Kommunen ermutigen, Gleichstellung voranzubringen. Von den Kita-Gebühren über Bebauungspläne bis hin zu Freibädern und öffentlichen Plätzen: Kommunalpolitik ist entscheidend dafür, wie lebenswert eine Stadt oder Gemeinde ist. Die Gleichstellungsbeauftragten tragen dazu bei, dass Frauen und Männer gleichermaßen in Entscheidungen einbezogen und ihre Belange ernst genommen werden.“

Gleichstellung und Integration

Neben Fragen einer gendersensiblen Stadtplanung ging es in weiteren Foren unter anderem um eine Harmonisierung von Standards der kommunalen Gleichstellungsarbeit und die Integration geflüchteter Frauen.

Caren Marks:

„Im Zusammenhang mit der Zuwanderung, die die Kommunen vor besondere Aufgaben stellt, gewinnt kommunale Gleichstellungsarbeit nochmals an Bedeutung. Denn es ist wichtig, den Wert der Gleichstellung zu betonen und mit konkreten Maßnahmen zur Integration beizutragen.“

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

08.05.2017 Regional Wolfsburg

Adresse dieses Artikels

<http://regionalwolfsburg.de/gleichstellungskonferenz-tagt-in-wolfsburg/>

Gleichstellungskonferenz tagt in Wolfsburg

8. Mai 2017 von Christoph Böttcher



Zahlreiche Teilnehmer fanden sich zur 24. Bundeskonferenz zum Thema Gleichstellung in Wolfsburg ein. Foto: Christoph Böttcher

Die 24. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, findet diesmal vom 7. bis 9. Mai in Wolfsburg statt. Das Leitmotiv lautet: „Kommune mit Zukunft - nur mit Gleichstellung!“

Die Konferenz beschäftigt sich mit den gleichstellungspolitischen Herausforderungen der Zukunft und soll in verschiedenen Foren Raum für Strategiediskussionen bieten. Katrin Morof, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Helmstedt, eröffnete am heutigen Montag, den 8. Mai, die Konferenz. Sie betonte, dass Entwicklungen im Bereich der Gleichstellung zuerst auf kommunaler Ebene sichtbar seien.

Cornelia Rundt (SPD), Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration im niedersächsischen Landtag, lobte das Thema der diesjährigen Konferenz. Sie bemängelte, dass es auch in der Politik noch Nachholbedarf gebe, da lediglich rund ein Drittel der Politiker Frauen seien. Dies läge dabei vor allem an den Listenaufstellungen der Parteien, auf denen mehrheitlich Männer auf aussichtsreichen Plätzen landen würden. Im sozialen Umfeld stellte sie maßgeblich den Ausbau

der Kinderbetreuung heraus. Dieser ermögliche, dass weniger Frauen auf eine Teilzeitbeschäftigung angewiesen seien. Derzeit würden über 50 Prozent der arbeitenden Frauen in Teilzeit tätig sein, wohingegen nur neun Prozent der Männer dies täten. Das führe zu einer ungleichen Rentenverteilung zwischen Männern und Frauen und somit zu Altersarmut, vor allem unter Frauen. Auch im Rahmen der Flüchtlingsthematik spiele das Thema Gleichstellung eine immer bedeutendere Rolle, da viele Flüchtlinge aus einer Kultur kämen, in der Gleichstellung fremd sei.

Gleichstellung wird Politik auch in Zukunft beschäftigen. Beate Ebeling, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Wolfsburg, betonte, dass viele Facetten die Zukunftsfähigkeit einer Kommune beeinflussen, dazu zähle auch das Thema Gleichstellung. In ihrem Gleichstellungsreferat werde daher auch herausgearbeitet, welchen Einfluss Frauen in der Geschichte Wolfsburgs bereits gespielt haben.

Caren Marks, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sprach in Vertretung für Manuela Schwesig. Sie betonte, dass sie selbst aus der Kommunalpolitik käme und daher die Arbeit auf kommunaler Ebene sehr schätze. In ihrem Vortrag lobte sie ebenfalls die Entwicklungen der letzten Jahre, wie den Ausbau der Kinderbetreuung, griff aber auch scharf die AfD an.

Diese stelle die bisherigen Anstrengungen im Bereich der Gleichstellung in Frage, so Marks.

08.05.2017 Radio38

Gleichstellungskonferenz in Wolfsburg
08.05.2017 - 08:11 Uhr

Kommune mit Zukunft – NUR mit Gleichstellung. Das ist das Motto der diesjährigen Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Die startet heute in Wolfsburg. Im Mittelpunkt des Expertentreffens stehen die Forderungen und Hoffnungen im Hinblick auf die Bundestagswahl in diesem Jahr. Sowohl die niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Cornelia Rundt, als auch die Bundesministerin Manuela Schwesig nehmen am Kongress teil.

08.05.2017 Stadt Recklinghausen

Pressemitteilungen

Gemeinsame Pressemitteilung der Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten - Kommune mit Zukunft- Nur mit Gleichstellung

24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfsburg erfolgreich zu Ende gegangen



Mit dabei: Gabriele Steuer, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Recklinghausen

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen.

Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die Auswirkungen davon sind als erstes in den Kommunen zu spüren. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle.

Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: In der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern, sagt Gabriele Steuer. Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für Alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht.

Recklinghausen soll eine „Kommune mit Zukunft“ werden, fordert Gabriele Steuer.

Dazu gehört:

- die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen

in allen Bereichen und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen.

- treten gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung ein
- „Kommunen der Zukunft“ sind Vorbild für eine gerechte Gesellschaft
Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür unverzichtbar. Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet. Darin fordern wir u.a.:

- eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen
- ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
- bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort
- die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen.

Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung und bei den kommunalen Töchtern vertreten sind.

Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes.

Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten.

Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer, sagt Gabriele Steuer abschließend.

Informationen zur Konferenz:

www.frauenbeauftragte.de

Twitter: [gleichberechtigt@bagkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@bagkommunal)

Infos zur Konferenz: [#gleichstellungstzukunft](https://twitter.com/gleichstellungstzukunft) und [#Damenwahl](https://twitter.com/Damenwahl)

Anhang: Pressefoto von Buko
Wolfsburger Erklärung als PDF

Weitere Informationen:

Hier finden Sie die Wolfsburger Erklärung

09.05.2017 Vernetzungsstelle

Magazin – Vernetzungsstelle
6-7 Minuten

Die 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands ist in Wolfsburg erfolgreich zu Ende gegangen. 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte diskutierten vom 08. bis 09. Mai 2017

in Wolfsburg zum Thema „Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung“. Unter dem Titel „Take 5 für eine lebenswerte Kommune“ wurde die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet.

Gefordert wurde zudem ein Rechtsanspruch und bundeseinheitliche Finanzierung für Frauenhäuser und Hilfeangebote bei Gewalt gegen Frauen.

Nur Kommunen, die die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen in ihre Entscheidungen einbeziehen, tragen den neuen Herausforderungen der Zukunft Rechnung.

Diese „Kommunen der Zukunft“ sorgen dafür, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren, treten gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung ein und sind Vorbild für eine gerechte Gesellschaft. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind für die Erreichung dieser Ziele unverzichtbar.

Caren Marks, Parlamentarische Staatssekretärin eröffnete die BUKO 24: „Wir im Bundesfrauenministerium wollen noch mehr Kommunen ermutigen, Gleichstellung voranzubringen. Von den Kita-Gebühren über Bebauungspläne bis hin zu Freibädern und öffentlichen Plätzen: Kommunalpolitik ist entscheidend dafür, wie lebenswert eine Stadt oder Gemeinde ist. Die Gleichstellungsbeauftragten tragen dazu bei, dass Frauen und Männer gleichermaßen in Entscheidungen einbezogen und ihre Belange ernst genommen werden.“

Die Kongressteilnehmerinnen fordern in der Wolfsburger Erklärung u.a. eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen und bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort.

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind mit ausreichenden Ressourcen und Rechten auszustatten.

In allen kommunalpolitischen Entscheidungen müssen die Lebenswirklichkeiten von Männern, Frauen, Jungen und Mädchen berücksichtigt wer-

den. Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien vertreten sind. Die Erfahrung zeigt, freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarrenden neokonservativen und populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen.

Hart erkämpfte Frauenrechte treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten. Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer.

Cornelia Rundt, Niedersächsische Ministerin für Gleichstellung in ihrer Rede auf der BU-KO: „Die ausgewogene Teilhabe von Frauen und Männern ist noch lange nicht in allen Bereichen unserer Gesellschaft verwirklicht. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte leisten einen elementaren Beitrag für ein demokratisches und sozial gerechtes Gemeinwesen. Deshalb brauchen wir die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten“ Politik muss Lebensrealitäten von Frauen mehr berücksichtigen. Frauen machen 51 Prozent der Wahlberechtigten aus, doch ihre Bedürfnisse werden in politischen Entscheidungen zu wenig berücksichtigt. Parteien, die die Forderungen von Frauen ignorieren, sind auf Dauer zum Scheitern verurteilt, so das Fazit der Teilnehmerinnen der Diskussionsrunde mit den frauenpolitischen Sprecherinnen der Bundestagsfraktionen. Parteien, die die Lage von Alleinerziehenden nicht verbessern, sind verantwortlich für die fortschreitende Verarmung von Einelternfamilien. Parteien, die nicht aktiv gegen die unterschiedliche Bezahlung von Frauen und Männern angehen, die sich nicht für eine ausgewogene Besetzung von Führungspositionen in Wirtschaft und Politik durch entsprechende gesetzliche Regelungen sorgen, zementieren die Benachteiligung von Mädchen und Frauen. Parteien, die nichts für moderne Arbeitszeit- und Kinderbetreuungsmodelle tun, tragen dazu bei, dass Väter nicht die von ihnen gewünschte Zeit mit ihren Kindern verbringen können. Die Pflege von Angehörigen wird zur Belastungsprobe, vor allem für Frauen. In der Diskussion mit den frauenpolitischen Sprecherinnen der Bundestagsparteien CDU, SPD,

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

Grüne und Linke) waren sich alle vertretenen Politikerinnen einig:

Mehr Frauen in die Kommunal- und Länderparlamente und den Bundestag; Dazu braucht es klare Regelungen.

Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen ist immer noch nicht erreicht, deshalb müssen die erkämpften Rechte verteidigt und ausgebaut werden. Wahl der Bundessprecherinnen

Neu in das Amt wurden gewählt: Christel Steylaers (Stadt Remscheid) und Elke Vogt (Landkreis Dahme-Spreewald).

Wiedergewählt wurden: Heike Gerstenberger (Bezirksamt Reinickendorf von Berlin), Brigitte Kowas (Berlin-Reinickendorf), Susanne Löb (Landkreis Wolfenbüttel) und Inge Trame (Stadt Gütersloh).

Die nächste Bundeskonferenz findet vom 16. bis 18. September

2018 in Karlsruhe statt.

Weitere Informationen

Quelle: Pressemitteilung der BAG kommunaler Frauenbüros und

Gleichstellungsstellen vom 09.05.2017,
www.frauenbeauftragte.de

09.05.2017 Frauenbüros in Niedersachsen

09.05.2017 Bundeskonferenz in Wolfsburg

„Kommune mit Zukunft“ - dazu gehört:

- die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen.

- „Kommunen der Zukunft“ sorgen dafür, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren

- treten gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung ein
- sind Vorbild für eine gerechte Gesellschaft

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür unverzichtbar. Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet. Darin wird u.a.

- eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen - ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstel-

lungsbeauftragte

- bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort

- die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen gefordert.

Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung und bei den kommunalen Töchtern vertreten sind.

Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten. Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer.



vlnr: Nicole Glaß, Magda Zynda-Elst, Karin Jahns, Petra Borrmann, Ministerin Cornelia Rundt, Beate Ebeling, Oberbürgermeister Klaus Mohrs; Foto: Stephanie Wagner

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

09.05.2017 News38

Wolfsburg
Gleichstellung? Das fordern die Frauenbeauftragten
#Gesellschaft



Volles Haus: 400 Frauen haben sich in Wolfsburg zur 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands getroffen. Foto: Veranstalter

Sie waren fleißig und haben im Rahmen der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands (BUKO) die Wolfsburger Erklärung verabschiedet.

Die Kongressteilnehmerinnen fordern in der Wolfsburger Erklärung unter anderem eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen und bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind mit ausreichenden Ressourcen und Rechten auszustatten.

Caren Marks, Parlamentarische Staatssekretärin eröffnete die BUKO 24: „Wir im Bundesfrauenministerium wollen noch mehr Kommunen ermutigen, Gleichstellung voranzubringen. Von den Kita-Gebühren über Bebauungspläne bis hin zu Freibädern und öffentlichen Plätzen: Kommunalpolitik ist entscheidend dafür, wie lebenswert eine Stadt oder Gemeinde ist. Die Gleichstellungsbeauftragten tragen dazu bei, dass Frauen und Männer gleichermaßen in Entscheidungen einbezogen und ihre Belange ernst genommen werden.“

Politik müsse Lebensrealitäten von Frauen mehr berücksichtigen

„Frauen machen 51 Prozent der Wahlberechtigten

aus, doch ihre Bedürfnisse werden in politischen Entscheidungen zu wenig berücksichtigt. Parteien, die die Forderungen von Frauen ignorieren, sind auf Dauer zum Scheitern verurteilt“, so lautet das Fazit der Teilnehmerinnen.

Daher fordern die Teilnehmer „mehr Frauen in die Kommunal- und Länderparlamente und den Bundestag“. Und schließen die Konferenz mit dem Fazit: „Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen ist immer noch nicht erreicht, deshalb müssen die erkämpften Rechte verteidigt und ausgebaut werden.“

10.05.2017 Bezirksamt Berlin Mitte

Aktuelles Pressemitteilungen 2017

Zukunft nur mit Gleichstellung

Pressemitteilung Nr. 181/2017 vom 10.05.2017

Die Gleichstellungsbeauftragte, Kerstin Drobick, informiert:

24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfsburg erfolgreich zu Ende gegangen

Mit dabei: Kerstin Drobick für das Bezirksamt Mitte von Berlin

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die Auswirkungen davon sind als erstes in den

Kommunen zu spüren. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Frauen und Männern gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnerinnen und Einwohnern berücksichtigen: In der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern, sagt Kerstin Drobick. Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für Alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht.

Das Bezirksamt Mitte soll eine „Kommune mit Zukunft“ werden, fordert Kerstin Drobick. Dazu gehören:

- die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in allen Bereichen und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen.
- „Kommunen der Zukunft“ sorgen dafür, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren
- treten gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung ein
- sind Vorbild für eine gerechte Gesellschaft.

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür unverzichtbar. Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfenbütteler Erklärung“ verabschiedet (siehe Anhang). Darin fordern wir u.a.:

- eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen
- ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
- bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort
- die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen. Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung und bei den kommunalen Töchtern vertreten sind.

Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten. Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer, so Kerstin Drobick abschließend.

Informationen zur Konferenz:

www.frauenbeauftragte.de

(<http://www.frauenbeauftragte.org/>)

Twitter: [@gleichberechtigt@bagkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt)

Infos zur Konferenz: [#gleichstellungszukunft](https://twitter.com/gleichstellungszukunft) und [#Damenwahl](https://twitter.com/Damenwahl)

Medienkontakt:

Bezirksamt Mitte, Gleichstellungsbeauftragte Kerstin Drobick, Tel.: (030) 9018-32048

Anlage

Wolfenbütteler Erklärung PDF-Dokument (157.5 kB)

10.05.2017 Altkreis Blitz

Lehrte: Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung



Die Teilnehmerinnen der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfenbüttel. /

LEHRTE. Die 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfenbüttel ist erfolgreich zu Ende gegangen.

Mit dabei war auch Lehrtes Gleichstellungsbeauftragte, Dr. Freya Markowis.

„Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen“, so Markowis. „Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die Auswirkungen davon sind als erstes in den Kommunen zu spüren. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden,

eine große Rolle.

Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: In der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern.“

Eine Kommune mit Zukunft beseitigt unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen und schafft gleiche Verwirklichungschancen für Alle, unabhängig vom Geschlecht. Markowis: „Lehrte soll eine ‚Kommune mit Zukunft‘ werden. Dazu gehört die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen. ‚Kommunen der Zukunft‘ sorgen dafür, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren, treten gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung ein und sind Vorbild für eine gerechte Gesellschaft. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür unverzichtbar.“

„Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passieren diese Veränderungen nicht. Gerade in Zeiten von erstarken populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst für veraltet gehalten hatten. Das erfordert eine klare Positionierung für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer“, so Markowis abschließend.

von Redaktion AltkreisBlitz

10.05.2017 Stadt Remscheid

KOMMUNE MIT ZUKUNFT - NUR MIT GLEICHSTELLUNG



Druckausgabe der Stadt Remscheid © www.remscheid.de Gruppenfoto (Bildnachweis: BAG/Susanne Hübner)

In der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, die vom 7. bis zum 9. Mai in Wolfsburg stattfand, diskutierten rund 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Zukunftsfragen, forderten den Rechtsanspruch und die bundeseinheitliche Finanzierung für Frauenhäuser und Hilfeangebote bei Gewalt gegen Frauen und verabschiedeten die „Wolfsburger Erklärung“. Mit dabei war Remscheids Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Christel Steylaers, die im Rahmen dieser Konferenz in das 12-köpfige Sprecherinnengremium gewählt wurde.

24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfsburg erfolgreich zu Ende gegangen

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die Auswirkungen davon sind als erstes in den Kommunen zu spüren.

Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: in der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitsprache-

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

recht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern, sagt Remscheids Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Christel Steylaers. Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für Alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht.

Remscheid soll eine „Kommune mit Zukunft“ werden, fordert Christel Steylaers.

Dazu gehört:

- die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen
- „Kommunen der Zukunft“ sorgen dafür, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren.
- „Kommunen der Zukunft“ treten gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung ein.
- Sie sind Vorbild für eine gerechte Gesellschaft

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür unverzichtbar. Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet (siehe Anhang). Darin fordern sie unter anderem:

- eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen
- ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
- bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort
- die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen. Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung und bei den kommunalen Töchtern vertreten sind.

Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen be-

steht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes.

Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten. Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer, so Christel Steylaers abschließend.

Informationen zur Konferenz:

www.frauenbeauftragte.de

Twitter: [gleichberechtigt@bagkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@bagkommunal)

Infos zur Konferenz: [#gleichstellungszukunft](https://twitter.com/gleichstellungszukunft) und [#Damenwahl](https://twitter.com/Damenwahl)

Rechts liegt die Wolfsburger Erklärung!

10.05.2017

11.05.2017 Focus (Kreis Wesel)

Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung

Donnerstag, 11.05.2017, 16:18



24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfsburg ist erfolgreich zu Ende gegangen Mit dabei: Petra Hommers, Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Wesel.

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die Auswirkungen davon sind als erstes in den Kommunen zu spüren. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

Einwohnerinnen berücksichtigen: „In der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern“, sagt Petra Hommers.

Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für Alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht.

„Die Kreisverwaltung Wesel soll eine „Kommune mit Zukunft“ werden fordert Petra Hommers. Dazu gehört ihrer Meinung nach auch die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen. „Kommunen der Zukunft“ sorgen dafür, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren, treten gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung ein und sind Vorbild für eine gerechte Gesellschaft.

„Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür unverzichtbar“, so Petra Hommers. Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet. Darin fordern sie u.a. eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen, ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sowie bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort. Eindrücklich fordert die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Wesel nochmals sich aktiv an den kommenden Wahlen zu beteiligen: „Gestalten Sie mit, sorgen Sie dafür, dass wir ein „Land mit Zukunft“ werden!“

FOCUS NWMI-OFF/Kreis Wesel
© FOCUS Online 1996-2017

11.05.2017 Focus (Landkreis Verden)

Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung!
Donnerstag, 11.05.2017, 15:15

Kreisfrauenratsvorsitzende und Gleichstellungsbeauftragte aus dem Landkreis Verden auf Bundeskonferenz

Rund 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland trafen sich in dieser Woche zur 24. Bundeskonferenz in Wolfsburg. Mit dabei aus dem Landkreis Verden waren die Vorsitzende des Kreisfrauenrates, Karin Labinsky-Meyer, die Gleichstellungsbeauftragten Christine Borchers, Landkreis Verden, Dr. Angelika Saupe, Stadt Achim, Annika Meinecke, Stadt Verden und Bianca Lankenau, Samtgemeinde Thedinghausen.

Gelingende Gleichstellungspolitik, so die Teilnehmerinnen, sei einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Arbeitswelt und Gesellschaft änderten sich rasant. Die Auswirkungen davon seien als erstes in den Kommunen zu spüren. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielten Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht würden, eine große Rolle.

„Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche aller – Frauen wie Männer – berücksichtigen“, betont Kreisfrauenratsvorsitzende Karin Labinsky-Meyer. Das gelte beim Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Stadt- und Verkehrsplanung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern.

Gelingende Gleichstellungspolitik als entscheidender Faktor für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen beinhalte neben der Kinderbetreuung von Krippe bis Schule ebenso den Ausbau der Mobilität und eine gute gesundheitliche Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten, Krankenhäusern und Hebammen. Auch die Kommunen im Landkreis Verden sollen, Kommunen mit Zukunft werden, fordert Labinsky-Meyer. Kommunen mit Zukunft würden die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen gewährleisten. Sie würden dafür sorgen, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitierten. Sie würden gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung eintreten und seien Vorbild für eine gerechte Gesellschaft.

Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen bestehe die Gefahr des gesellschaftli-

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

chen Rückschrittes, so die Kreisverdener Gleichstellungsbeauftragten. Dieser gehe besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder träfen so auf Konzepte, die man längst als veraltet angesehen hatte. Das erfordere eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer.

In der von der Bundeskonferenz verabschiedeten „Wolfsburger Erklärung“ fordert das Gremium unter anderem eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen sowie bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort.

Pressemitteilung 11.05.2017
nfni/Landkreis Verden
© FOCUS Online 1996-2017

11.05.2017 LAG Sachsen

24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfsburg ist mit sächsischer Beteiligung erfolgreich zu Ende gegangen

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die Auswirkungen davon sind als erstes in den Kommunen zu spüren. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: In der Stadt und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern.

Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für Alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht. Kommunen sollen „Kommune mit Zukunft“ werden fordern die Teilnehmerinnen der 24. Bundeskonferenz. Dazu gehört:

- die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen.
- als „Kommune der Zukunft“ dafür zu sorgen, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren
- gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung einzutreten
- Vorbild für eine gerechte Gesellschaft zu sein

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür unverzichtbar. Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet. Darin fordern wir u. a.:

- eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen
- ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
- bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort
- die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen. Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung und bei den kommunalen Töchtern vertreten sind.

Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes.

Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten. Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer.

Informationen zur Konferenz:

www.frauenbeauftragte.de

Twitter: [gleichberechtigt@bagkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@bagkommunal)

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

Infos zur Konferenz: #gleichstellungszukunft und #Damenwahl

Die „Wolfsburger Erklärung!“, weitere Dokumente und Fotos finden Sie zur kostenfreien Verwendung unter:

www.frauenbeauftragte.org/aktion/24-bundeskonferenz-wolfsburg-2017-0

Die auf der 24. Bundeskonferenz in Forum 11 vorgestellte Broschüre: INDIKATOREN ZUR GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN, welche im Rahmen des BAG Projektes III, gefördert vom BMFSFJ, erstellt wurde, ist nun auf der BAG Internetseite unter Tipps und Tricks für die Arbeit/Handreichungen und Argumentationshilfen veröffentlicht.

www.frauenbeauftragte.org/service-tipps-und-tricksf%C3%BCr-die-arbeit/handreichungen-und-argumentationshilfen-f%C3%BCr-die-arbeit

Auf der Internetseite der BAG finden sich im login – Bereich Fotos von der BUKO, die nach und nach eingestellt werden. Diese können zum Download und für die Arbeit genutzt werden. Bitte immer die Quelle benennen: BAG/Susanne Hübner.

Und: Der neue Film „Agentinnen des Wandels“ ist jetzt unter youtu.be/U-MiY4TxCyY (Link kopieren und im Browser einfügen) zu sehen!

Sächsische Impressionen von der 24. Bundeskonferenz finden Sie unter Öffentlichkeitsarbeit - Publikationen.

Datum:

Donnerstag, Mai 11, 2017

11.05.2017 Stadt Mülheim an der Ruhr

Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung

Die 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands ist in Wolfsburg erfolgreich zu Ende gegangen. Mit dabei: Antje Buck, Gleichstellungsbeauftragte Mülheim an der Ruhr und Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft - LAG - der Gleichstellungsbeauftragten in Nordrhein-Westfalen.



Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die entsprechenden Auswirkungen sind als erstes in den Kommunen zu spüren. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle.

„Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: In der Stadt- und Verkehrsplanung, beim Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern“, sagt Antje Buck. Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für Alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht.

Die „Kommunen der Zukunft“ sorgen dafür, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren.

Sie treten gegen Benachteiligungen auf dem Ar-

beitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung ein.

Sie sind Vorbild für eine gerechte Gesellschaft. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür unverzichtbar. Auf der Bundeskonferenz haben die circa 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet (siehe Anhang).

Voraussetzung für eine gelingende Gleichstellungspolitik ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung und bei den kommunalen Töchtern vertreten sind.

Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen.

Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten. „Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer“, so Antje Buck abschließend.

Informationen zur Konferenz:

frauenbeauftragte.de

Twitter: [gleichberechtigt@bagkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@bagkommunal); [#gleichstellungstzukunft](https://twitter.com/gleichstellungstzukunft) und [#Damenwahl](https://twitter.com/Damenwahl)

Bitte beachten Sie die unten stehende „Wolfsburger Erklärung“.

... und unseren neuen Film „Agentinnen des Wandels“.

Kontext

Zum Abschluss der Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten wurde die Wolfsburger Erklärung verfasst. (Dateigröße: 157 KB/-typ: pdf)

11.05.2017 Stadt Viernheim

Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung

24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfsburg erfolgreich zu Ende gegangen

Mit dabei: Rita Walraven-Bernau, Frauenbeauftragte der Stadt Viernheim

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die Auswirkungen davon sind als erstes in den Kommunen zu spüren.

Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: In der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern, sagt Rita Walraven-Bernau. Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für Alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht.

Viernheim soll eine „Kommune mit Zukunft“ werden fordern die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten des Landes.

Dazu gehört:

- die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen.
- „Kommunen der Zukunft“ sorgen dafür, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren
- treten gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung ein, sind Vorbild für eine gerechte Gesellschaft

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür unverzichtbar.

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet (siehe Anhang). Darin fordern wir u.a.:

- eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommune
- ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort
- die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen. Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung und bei den kommunalen Töchtern vertreten sind.

Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten. Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer, so Frau Walraven-Bernau abschließend.

Informationen zur Konferenz:

www.frauenbeauftragte.de

Twitter: [gleichberechtigt@bagkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@bagkommunal)

Infos zur Konferenz: [#gleichstellungstzukunft](https://twitter.com/gleichstellungstzukunft) und [#Damenwahl](https://twitter.com/Damenwahl)

11.05.2017 Kreis Unna

Zukunftsfragen diskutiert - Gleichstellungsbeauftragte in Wolfsburg

11.05.2017 | Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle spielen dabei eine große Rolle. Darüber und über vieles

mehr diskutierten acht Gleichstellungsbeauftragte aus dem Kreis Unna auf der Bundeskonferenz in Wolfsburg jetzt mit rund 400 Kolleginnen.



Acht Gleichstellungsbeauftragte aus dem Kreis Unna, darunter auch Kreis-Gleichstellungsbeauftragte Heidi Bierkämper-Braun (4.v.l.) nahmen an der Bundeskonferenz in Wolfsburg teil. Foto: BAG - Susanne Hübner

„Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen“, unterstreicht die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Unna, Heidi Bierkämper-Braun. Lebenswerte Kommunen seien deshalb zunehmend solche, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: in der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern. Einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik Auf der Bundeskonferenz haben die Gleichstellungsbeauftragten aus dem Kreis Unna gemeinsam mit den anderen Teilnehmerinnen aus ganz Deutschland die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet.

„Darin fordern wir unter anderem bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort“, erklärt Heidi Bierkämper-Braun.

Weitere Punkte sind z.B. eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen, ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte und die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen.

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes
Weitere Erkenntnis der Konferenz: Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten. „Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer“, so Heidi Bierkämper-Braun abschließend.

- PK -

11.05.2017 Stadt Falkensee

**Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung
Falkensee, den 11.05.2017**



24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Wolfsburg erfolgreich zu Ende gegangen. Mit dabei war Manuela Dörnenburg, Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte der Stadt Falkensee.

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant.

Die Auswirkungen davon sind als erstes in den Kommunen zu spüren. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen:

In der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der Verwendung von kommunalen Geldern, bei der die Bedarfe von Frauen und Männern gleichermaßen berücksichtigt werden. Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für Alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht.

„Falkensee ist auf einem guten Weg“, sagt die Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte der Stadt, Manuela Dörnenburg. „Aber gerade in Zeiten eines zunehmenden Populismus und der Vereinfachung von Sichtweisen, muss darauf geachtet werden, dass Frauenrechte nicht aus falscher Rücksichtnahme aufgegeben wird.“ Sie fordert daher eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer sowie die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen.

Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet. Darin wird u.a. gefordert:

- eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen
- ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
- bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort
- die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen. Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung und bei den kommunalen Töchtern vertreten sind.

Twitter: gleichberechtigt@bagkommunal

Infos zur Konferenz: [#gleichstellungstzukunft](#) und [#Damenwahl](#)

11.05.2017 Pressemeldung Mecklenburg Vorpommern

[Pressemeldungen » Schwerin » Schwerin: 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte berieten in Wolfsburg](#)

Schwerin: 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte berieten in Wolfsburg

Pressemeldung vom 11. Mai 2017, 13:23 Uhr

Dorin Möller vertrat Landeshauptstadt auf Bundeskonferenz Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die Auswirkungen sind als erstes in den Kommunen zu spüren. „Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Frauen und Männern gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle“, so die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt, die Schwerin auf einer bundesweiten Konferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte in Wolfsburg vertrat. Dort wurde klar: Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche aller Einwohnerinnen und Einwohner berücksichtigen – in der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern. Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für Alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht.

Die Landeshauptstadt Schwerin soll eine solche „Kommune mit Zukunft“ werden, fordert Dorin Möller. Die Arbeit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sei dafür unverzichtbar. Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet. Darin fordern sie u.a.: eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen

ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte

bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort

die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen. Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung und bei den kommunalen Töchtern vertreten sind.

„Meine Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb ist die Forderung nach einer Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien aktueller denn je“, so Möller. Landesgleichstellungsgesetze müssten eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. „Gerade in Zeiten erstarkender populistischer Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten. Das erfordert eine klare Positionierung der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer.“ Informationen zur Konferenz: www.frauenbeauftragte.de

Quelle: Landeshauptstadt Schwerin

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

11.05.2017 Zweiwochendienst (ZWD)

WOLFSBURGER ERKLÄRUNG

Kommunale Zukunft nur mit klarem Genderblick
24. Konferenz der Kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten verabschiedet Fünf-Punkte-Programm für eine „lebenswerte Kommune“

(11.05.2017)

Dieser Artikel ist nur für unsere AbonnentInnen freigeschaltet.

Sie interessieren sich für einen Zugang?

Hier geht's zum Bestellformular

11.05.2017 El News

KOMMUNE MIT ZUKUNFT: NUR MIT GLEICHSTELLUNG

TAG #DAMENWAHL

#GLEICHSTELLUNGISTZUKUNFT



Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung

24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfsburg erfolgreich zu Ende gegangen

Mit dabei: Julia Stegt, Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Graftschaft Bentheim und Anja Milewski, Gleichstellungsbeauftragte Stadt Nordhorn

Wolfsburg / Nordhorn.

Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus dem gesamten Bundesgebiet haben sich zu einer zweitägigen Konferenz in Wolfsburg getroffen. Auch die Gleichstellungsbeauftragten Anja Milewski von der Stadt Nordhorn und Julia Stegt vom Landkreis Graftschaft Bentheim waren dabei. Im Rahmen der Veranstaltung wurde die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet, in der unter anderem eine Stärkung der kommunalen Gleichstellungsarbeit gefordert wird.

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen.

Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die Auswirkungen davon sind als erstes in den Kommunen zu spüren. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: In der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern. Dem stimmt auch Stegt zu: „Kommunen mit Zukunft müssen unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für Alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht.“ „Kommunen mit Zukunft sorgen außerdem dafür, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren.“, so Milewski. „Sie treten gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung ein und sind Vorbild für eine gerechte Gesellschaft“.

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

11.05.2017 Bezirksamt Treprow-Köpenick

24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfsburg vom 7. Mai bis 9. Mai 2017



Bild: Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbeauftragter

Pressemitteilung vom 11.05.2017

Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung

Die 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfsburg ist erfolgreich zu Ende gegangen. Die bezirkliche Gleichstellungsbeauftragte, Anke Armbrust hat an der Konferenz teilgenommen.

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen.

Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die Auswirkungen davon sind als erstes in den Kommunen zu spüren. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen. Dies betrifft die Stadt- und Verkehrsplanung, ein Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, die Besetzung von Führungspositionen und eine gendergerechte Verwendung von kommunalen Geldern. Eine Kommune mit Zukunft muss Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht.

Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet (siehe unten). Darin

fordern sie u.a.:

- die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen
- bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort und ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte.

Voraussetzung dafür ist, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung und bei den kommunalen Töchtern vertreten sind. Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten. Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer.

Empfehlenswert ist der neue Film „Agentinnen des Wandels“ unter youtu.be/U-MiY4TxCyY (<http://youtu.be/U-MiY4TxCyY>)

Weitere Informationen zur Konferenz gibt es hier

(<http://www.frauenbeauftragte.org/>).

Twitter: gleichberechtigt@bagkommunal

(<https://twitter.com/BAGkommunal?lang=de>)

Infos zur Konferenz: [#gleichstellungszukunft](#) und [#Damenwahl](#)

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

12.05.2017



Caren Marks eröffnet die Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten



(<http://www.caren-marks.de/wp-content/uploads/2017/05/2017-05-08-BuKonf-komm-Frauen-und-Gleichstellungsbeauftragten.jpg>)

DIE PARLAMENTARISCHE STAATSEKRETÄRIN BEI DER BUNDESFRAUENMINISTERIN, CAREN MARKS, MIT DER NIEDERSÄCHSISCHEN GLEICHSTELLUNGSMINISTERIN CORNELIA RUNDT UND DEN BUNDESPRECHERINNEN DER BAG© BMFSFJ / SUSANNE HÜBNER

„Wir im Bundesfrauenministerium wollen noch mehr Kommunen ermutigen, Gleichstellung voranzubringen“, betonte Caren Marks, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesfrauenministerin, bei der Eröffnung der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Wolfsburg mit über 400 Teilnehmerinnen. „Von den Kita-Gebühren über Bebauungspläne bis hin zu Freibädern und öffentlichen Plätzen: Kommunalpolitik ist entscheidend dafür, wie lebenswert eine Stadt oder Gemeinde ist. Die Gleichstellungsbeauftragten tragen dazu bei, dass die Belange aller Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen in Entscheidungen einbezogen werden.“

Das Motto „Kommune mit Zukunft, nur mit Gleichstellung“ verdeutlicht, dass gelungene Gleichstellungspolitik ein entscheidender Faktor für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen ist. Denn die Auswirkungen unserer sich schneller ändernden Arbeitswelt und Gesellschaft sind als Erstes in den Kommunen zu spüren.

In Diskussionsrunden ging es von der Harmonisierung von Standards der kommunalen Gleichstellungsarbeit bis hin zur Integration geflüchteter Frauen.

Caren Marks: „Mit der gestiegenen Anzahl von Flüchtlingen, die die Kommunen vor besondere Aufgaben stellt, gewinnt kommunale Gleichstellungsarbeit nochmals an Bedeutung. Denn es ist wichtig, den Wert der Gleichstellung zu vermitteln und mit konkreten Maßnahmen zur Integration beizutragen.“

12.05.2017 Ursula Groden-Kranich

Brief aus Mainz 16/2017

12.05.17

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leser,



11. Coface-Kongress Länderrisiken 2017

am Montagabend fand anlässlich des Welt-Rotkreuz-Tages im festlichen Ambiente des Schloss Waldhausen die Ehrung verdienter Mitglieder und ehrenamtlich Tätiger statt – eine schöne Gelegenheit, all diejenigen zu danken, die sich das ganze Jahr über selbstlos in den Dienst der guten Sache stellen.

Am Dienstagmorgen ging es für mich in Wolfsburg als Podiumsgast auf der 24. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

weiter. Das Leitmotiv lautete: „Kommune mit Zukunft – nur mit Gleichstellung!“ Da ich als Mitglied des Mainzer Stadtrates auch die kommunale Verwaltung kenne, konnte ich hierzu mein bundes- und mein kommunalpolitisches Wissen bestens miteinander verknüpfen. Abends durfte ich im Rahmen meiner neuen Veranstaltungsreihe „Politik im Hof“ den Minister für Finanzen und Europa aus dem Saarland, Stephan Toscani MdL, in Zornheim begrüßen. Nach der Stichwahl in Frankreich und der Entscheidung für Emmanuel Macron hatte ich zu einer europapolitischen Diskussion „Europa lebt, Europa wählt“ mit deutsch-französischem Schwerpunkt geladen. Erfreulicherweise hatte auch Philippe Gustin, Kandidat der „Les Republicains“ zur Wahl der Assemblée Nationale, zugesagt. Durch den Abend führte Klaus-Bernhard Hofmann, ausgewiesener Frankreich-Kenner und Leiter des Arbeitskreises Europa der Mainzer CDU. Zusammen gingen wir den Fragen nach, welche Bedeutung diese Entscheidung für die anstehenden Wahlen zur französischen Assemblée Nationale hat bzw. für unsere Bundestagswahl im September. Mein besonderer Dank gilt der Familie Kneib, die für uns die Tore ihres wunderschönen Kastanienhofs geöffnet hatte. Einmal im Jahr stellen sich mein Kollege Jan Metzler MdB und ich den Fragen des Wirtschaftsrates. Dies geschah am Mittwoch. Gemeinsam beleuchteten wir unsere Arbeit in den jeweiligen Ausschüssen und nahmen die Anregungen, wünsche aber auch die Kritik für die künftige Arbeit der Diskussion auf.

Am Donnerstag nahm ich am 11. Coface-Kongress Länderrisiken 2017 zum Thema „Vorfahrt für den Handel“ teil, der mit einem spannenden Impulsvortrag von Dr. Daniela Schwarzer, Otto Wolff-Direktorin des Forschungsinstituts der DGAP, begann, teil. Unsere Podiumsrunde diskutierte das Thema „Vorfahrt für den Handel – Warum die Politik die internationale Zusammenarbeit nicht beenden wird“. Der Austausch hat mir sehr viel Freude gemacht und war inhaltlich sehr bereichernd. Danach ging es direkt zum Ladies-Lunch mit Annette Widmann-Mauz MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit. Im kleinen Kreis referierte die Bundesvorsitzende der CDU Frauen Union zum Thema „Frauen gestalten Zukunft“ und beantwortete ausführlich die Fragen der interessierten Damen.

Heute Morgen habe ich die IGS Bretzenheim besucht und mich danach auf den Weg nach Büdesheim gemacht, um dort den renaturierten Entenbach einzuweihen. Morgen treffen Sie mich ab 7 Uhr in Dromersheim, wo die CDU Bingen Blumen an hoffentlich viele Mütter verteilen darf. Beim Rathausfrühstück in Bretzenheim können Sie mich ab 11:30 Uhr treffen, und am Sonntag auf der Elsheimer Kerb. Ich wünsche allen – insbesondere den Müttern – ein schönes und erholsames Wochenende.

Ihre Ursula Groden-Kranich

Brief als PDF (<http://grodin-kranich.de/wp-content/uploads/2017/05/1716-KR.pdf>)

12.05.2017 Celler Presse

Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung – Bianka Lawin bei der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

[celler-presse.de /2017/05/12/kommune-mit-zukunft-nur-mit-gleichstellung-bianka-lawin-bei-der-24-bundeskonferenz-der-kommunalen-frauen-und-gleichstellungsbeauftragten/](http://celler-presse.de/2017/05/12/kommune-mit-zukunft-nur-mit-gleichstellung-bianka-lawin-bei-der-24-bundeskonferenz-der-kommunalen-frauen-und-gleichstellungsbeauftragten/)

Landkreis CELLE/WOLFSBURG.

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die Auswirkungen davon sind als erstes in den Kommunen zu spüren. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: In der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern, sagt Bianka Lawin. Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für Alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht. Der Landkreis Celle soll eine „Kommune mit Zukunft“ werden fordert Bianka Lawin. Dazu gehört:

die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen.

„Kommunen der Zukunft“ sorgen dafür, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren treten gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung ein sind Vorbild für eine gerechte Gesellschaft.

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017



Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür unverzichtbar. Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet (siehe Anhang). Darin fordern wir u.a.:

eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort
die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen. Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung und bei den kommunalen Töchtern vertreten sind.

Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten.

Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer, so Bianka Lawin abschließend.

Informationen zur Konferenz:

www.frauenbeauftragte.de

Twitter: [gleichberechtigt@bagkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@bagkommunal)

Infos zur Konferenz: [#gleichstellungszukunft](https://twitter.com/#gleichstellungszukunft) und [#Damenwahl](https://twitter.com/#Damenwahl)

Wolfsburger Erklärung:

PR

Fotos: BAG/Susanne Hübner, LAG/ Silke Gardlo

12.05.2017 Celle Heute

Celler Gleichstellungsbeauftragte bei Bundeskonferenz

Landkreis Celle soll „Kommune mit Zukunft“ werden

12.05.2017 - 11:00 UHR  CELLEHEUTE  0



Die Teilnehmerinnen aus Niedersachsen auf der Bundeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten. Foto: LAG/ Silke Gardlo

WOLFSBURG/CELLE. Bianka Lawin, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Celle, hat an der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfsburg teilgenommen. Ihr Fazit:

“Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die Auswirkungen davon sind als erstes in den Kommunen zu spüren. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: In der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern. Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht.”

Der Landkreis Celle soll eine „Kommune mit Zukunft“ werden, fordert Bianka Lawin. Dazu gehöre:

- die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen.
- „Kommunen der Zukunft“ sorgen dafür, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren
- treten ein gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung
- sind Vorbild für eine gerechte Gesellschaft

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte seien dafür unverzichtbar. Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ (

[24. Biko_Wolfsburger Erklärung_BAG_Frauenbueros](#)

) verabschiedet. Darin fordern sie u.a.:

- eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen
- ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
- bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort
- die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen. Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung und bei den kommunalen Töchtern vertreten sind.

Bianka Lawin: “Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten. Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer.”

Informationen zur Konferenz:

www.frauenbeauftragte.de

Twitter: [gleichberechtigt@bagkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@bagkommunal)

Infos zur Konferenz: [#gleichstellungszukunft](#) und [#Damenwahl](#)

12.05.2017 Wuppertal Aktuell

PRESSEINFORMATION / 12.05.2017 / Seite 1 von 2

„Kommune mit Zukunft“ nur mit Gleichstellung

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Auf ihrer 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Wolfsburg wurde über die dazugehörigen Faktoren diskutiert.

„Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche der Bevölkerung berücksichtigen: In der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der geschlechtergerechten Verwendung von kommunalen Geldern“, sagt die Leiterin der Gleichstellungsstelle der Stadt Wuppertal, Roswitha Bocklage. Eine Kommune mit Zukunft müsse unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für Alle schaffen.

In Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Wuppertal hat sich bereits erfolgreich auf den Weg gemacht, sagt Roswitha Bocklage. Aber abgeschlossen sei der Prozess zur Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen noch nicht.

Auch Wuppertal müsse dafür sorgen, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren und den Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt müsse man noch entschiedener entgegen treten. Schließlich sollte die Verwaltung Vorbild für eine gerechte Gesellschaft sein.

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür unverzichtbar. Auf der Bundeskonferenz haben die rund 400 Frauen- und Gleichstellungs-

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

beauftragte die „**Wolfsburger Erklärung**“ verabschiedet, die die Bedingungen für mehr Gleichstellung zwischen Frauen und Männern beschreiben.

Roswitha Bocklage ist seit 2015 eine der 12 Sprecherinnen der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsstellen mit Sitz in Berlin und bringt ihre kommunalen Erfahrungen in die bundesgeförderten Projekte für eine strategische Gleichstellungspolitik ein.

www.frauenbeauftragte.de

#gleichstellungszukunft

#damenwahl

12.05.2017 Focus (Stadt Wuppertal)

„Kommune mit Zukunft“ nur mit Gleichstellung

Freitag, 12.05.2017, 10:33

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen.

Auf ihrer 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Wolfsburg wurde über die dazugehörenden Faktoren diskutiert.

„Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche der Bevölkerung berücksichtigen: In der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der geschlechtergerechten Verwendung von kommunalen Geldern“, sagt die Leiterin der Gleichstellungsstelle der Stadt Wuppertal, Roswitha Bocklage. Eine Kommune mit Zukunft müsse unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für Alle schaffen.

In Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Wuppertal hat sich bereits erfolgreich auf den Weg gemacht, sagt Roswitha Bocklage. Aber abgeschlossen sei der Prozess zur Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen noch

nicht.

Auch Wuppertal müsse dafür sorgen, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren und den Benachteiligten auf dem Arbeitsmarkt müsse man noch entschiedener entgegen treten. Schließlich sollte die Verwaltung Vorbild für eine gerechte Gesellschaft sein.

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür unverzichtbar. Auf der Bundeskonferenz haben die rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet, die die Bedingungen für mehr Gleichstellung zwischen Frauen und Männern beschreiben.

Roswitha Bocklage ist seit 2015 eine der 12 Sprecherinnen der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsstellen mit Sitz in Berlin und bringt ihre kommunalen Erfahrungen in die bundesgeförderten Projekte für eine strategische Gleichstellungspolitik ein.

FOCUS NWMI-OFF/Stadt Wuppertal

© FOCUS Online 1996-2017

12.05.2017 Bezirksamt Reinickendorf von Berlin

Wiederwahl zur Bundessprecherin der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands (BAG)

Pressemitteilung Nr. 7890 vom 12.05.2017

„Ich gratuliere Frau Kowas, unserer Gleichstellungsbeauftragten aus dem Bezirk

Reinickendorf, zu der erfolgreichen Wiederwahl in

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017



Sprecherinnengremium der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Bild: BAG

das Sprecherinnengremium der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsstellen in Deutschland“ so der Stadtrat Uwe Brockhausen.

Frau Kowas ist mit dieser Aufgabenstellung bundesweit tätig und setzt sich insbesondere für die Themenfelder der Gleichstellung in den Bereichen der Lohnungleichheit, Beteiligung von Frauen in Führungspositionen, Zugang zum Arbeitsmarkt, Armut von Frauen (z.B. Alleinerziehende, Altersarmut), Cybermobbing und der Gewalt an Frauen ein. Die BAG wirkt bei Anhörungen und Kommissionen zu gesetzlichen Veränderungen auf Bundesebene mit, positioniert sich öffentlich und ist gut vernetzt zur Politik, Verbänden und in der Zivilgesellschaft. Länder und Kommunen stehen vor einer großen Herausforderung und gesamtgesellschaftlichen Neuorientierung, sei es in der demografischen Entwicklung als auch in der Veränderung der Arbeitswelt. Kommunale Gleichstellungspolitik ist eine der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit von Kommunen.

„Kommune mit Zukunft – nur mit Gleichstellung“, so lautete der Titel der 24. Bundeskonferenz vom 07. – 09. Mai 2017 im Congress Park in Wolfsburg. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür unverzichtbar. Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet (siehe Anhang).

Darin fordern sie u.a.:

- eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen
- ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
- bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort
- die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen. Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung Verantwortung übernehmen.

Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten.

„Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer“, so Brigitte Kowas, abschließend.

Informationen zur Konferenz:

www.frauenbeauftragte.de

(<http://www.frauenbeauftragte.de>)

Twitter: gleichberechtigt@bagkommunal

Infos zur Konferenz: [#gleichstellungistzukunft](#) und [#Damenwahl](#)

Bezirksamt Reinickendorf von Berlin

13.05.2017 Lokalplus NRW

„Wolfsburger Erklärung“

Angelika Schlicht: "Gleichstellungspolitik wichtig für Zukunftsfähigkeit"



Foto: privat

Drolshagen. 400 Frauen haben an der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten teilgenommen. Auch Angelika Schlicht, Demografie- und Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Drolshagen, war dabei.

„Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die Auswirkungen davon sind als erstes in den Kommunen zu spüren. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: In der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung und in der Besetzung von Führungspositionen“, sagt Angelika Schlicht.

„Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet

Auf der Bundeskonferenz haben ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet. Darin fordern sie unter anderem eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen und bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind mit ausreichenden Ressourcen und Rechten auszustatten. In allen kommunalpolitischen Entscheidungen müssen die Lebenswirklichkeiten von Männern, Frauen, Jungen und Mädchen berücksichtigt werden. Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien vertreten sind.

„Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten“, so Angelika Schlicht abschließend.

Neben den ernsthaften Themen kam auch der Humor nicht zu kurz. Auf youtube präsentieren die Gleichstellungsbeauftragten ihren neuen Film: „Agentinnen des Wandels.“

(LP)

14.05.2017 Kiezblatt

☉ 14. Mai 2017

Kommunale Gleichstellungspolitik



Wiederwahl zur Bundessprecherin der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands (BAG)

„Ich gratuliere Frau Kowas, unserer Gleichstellungsbeauftragten aus dem Bezirk Reinickendorf, zu der erfolgreichen Wiederwahl in das Sprecherinnengremium der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsstellen in Deutschland“ so der Stadtrat Uwe Brockhausen.

Frau Kowas ist mit dieser Aufgabenstellung bundesweit tätig und setzt sich insbesondere für die Themenfelder der Gleichstellung in den Bereichen der Lohnungleichheit, Beteiligung von Frauen in Führungspositionen, Zugang zum Arbeitsmarkt, Armut von Frauen (z.B. Alleinerziehende, Altersarmut), Cybermobbing und der Gewalt an Frauen ein.

Die BAG wirkt bei Anhörungen und Kommissionen zu gesetzlichen Veränderungen auf Bundesebene mit, positioniert sich öffentlich und ist gut vernetzt zur Politik, Verbänden und in der Zivilgesellschaft.

Länder und Kommunen stehen vor einer großen Herausforderung und gesamtgesellschaftlichen Neuorientierung, sei es in der demografischen Entwicklung als auch in der Veränderung der Arbeitswelt. Kommunale Gleichstellungspolitik ist eine der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit von Kommunen.

„Kommune mit Zukunft – nur mit Gleichstellung“, so lautete der Titel der 24. Bundeskonferenz vom 07. – 09. Mai 2017 im Congress Park in Wolfsburg.

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür unverzichtbar. Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet (siehe Anhang). Darin fordern sie u.a.:

- eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen
- ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
- bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort
- die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen. Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung Verantwortung übernehmen.

Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten. „Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer“, so Brigitte Kowas, abschließend.

Informationen zur Konferenz: www.frauenbeauftragte.de

Wolfsburger Erklärung der kommunalen Frauen – und Gleichstellungsbeauftragten anlässlich der 24. Bundeskonferenz im Mai 2017

PMBA
kb147b

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

14.05.2017 Stadt Niederkassel

Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

Die 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands ist in Wolfsburg erfolgreich zu Ende gegangen.

Mit dabei: Gabriele Neuhöfer, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Niederkassel und Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft - LAG - der Gleichstellungsbeauftragten in Nordrhein-Westfalen.

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der ent-



Bildnachweis: BAG/Susanne Hübner

scheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen.

Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die entsprechenden Auswirkungen sind als erstes in den Kommunen zu spüren. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle.

„Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: In der Stadt- und Verkehrsplanung, beim Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern“, sagt Gabriele Neuhöfer. Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für Alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht.

Die „Kommunen der Zukunft“ sorgen dafür, dass die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in allen Bereichen und bei den kommunalpoliti-

schen Entscheidungen beachtet wird, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren und Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt abgeschafft werden.

Sie treten gegen Gewalt und Diskriminierung ein. Sie sind Vorbild für eine gerechte Gesellschaft. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür unverzichtbar. Auf der Bundeskonferenz haben die circa 400 Frauen und Gleichstellungsbeauftragten die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet (siehe Anhang).

Eine der entscheidenden Voraussetzungen für eine gelingende Gleichstellungspolitik ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung vertreten sind. Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten. „Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer“, so Gabriele Neuhöfer abschließend.



Die Landes- und Bundessprecherinnen aus NRW auf der Bundeskonferenz in Wolfsburg

15.05.2017 Blickwinkel Schwerte

Bunderstagung der Gleichstellungsbeauftragten: Mehr Frauen auf den Chefsessel

blickwinkel-schwerte.de /bunderstagung-der-gleichstellungsbeauftragten-mehr-frauen-auf-dem-chiefsessel/

Wolfsburg/Schwerte. Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. So lautet das Fazit der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands, das in Wolfsburg stattfand. Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Schwerte, Birgit Wippermann, nahm daran teil.

Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnerinnen und Einwohnern berücksichtigen. Dazu gehören die Stadt- und Verkehrsplanung, das Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der Verwendung von kommunalen Geldern. Eine Kommune mit Zukunft müsse unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Chancen für alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht. Die Stadt Schwerte solle eine „Kommune mit Zukunft“ werden, fordert Birgit Wippermann. Auf der Bundeskonferenz haben 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet, in der Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen, einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik und die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen gefordert wird.

Voraussetzung dafür sei, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung und bei den kommunalen Töchtern vertreten seien, erläutert Birgit Wippermann.

Die Erfahrung zeige: Freiwillig passiere das nicht. Deshalb brauche es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetzte in allen Bundesländern. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen bestehe die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen.

15.05.2017 Blick Aktuell

Kreisverwaltung des Westerwaldkreises
Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung Westerwaldkreis. Unter Beteiligung einer rheinland-pfälzischen Delegation, zu der auch die Westerwälder Gleichstellungsbeauftragte Beate Ullwer gehörte, fand die 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfsburg statt.

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für Alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht.

Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet. Darin fordern sie u.a.:

- eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen
- ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
- bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort
- die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen. Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung vertreten sind. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen bestehe die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser gehe besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die längst als veraltet galten. Das erfordere eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer, so Ullwer abschließend.

Pressemitteilung Kreisverwaltung des Westerwaldkreises

15.05.2017 Landkreis Hameln-Pyrmont

Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung!

Unterzeichnung der Wolfsburger Erklärung

Bei der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfsburg waren in der letzten Woche auch die heimischen Gleichstellungsbeauftragten Kirsten Wentze, Landkreis Hameln-Pyrmont, Nicole Glaß, Stadt Hameln und Stephanie Wagener, Stadt Hessisch Oldendorf mit dabei.

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die Auswirkungen davon sind als erstes in den Kommunen zu spüren.

„Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: In der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern“, sagt Kirsten Wentze.

Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht.

Alle Kommunen im Landkreis Hameln-Pyrmont sollen eine „Kommune mit Zukunft“ werden – so die Forderung der Gleichstellungsbeauftragten. Dazu gehören:

- die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen
- „Kommunen der Zukunft“, die dafür sorgen, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren
- gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung eintreten
- Vorbild für eine gerechte Gesellschaft sein

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür unverzichtbar. Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet. Darin fordern sie u. a.:

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

- eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen
- ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
- bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort
- die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen. Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung und bei den kommunalen Töchtern vertreten sind

Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten.

„Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer“, so Stephanie Wagener abschließend.

Informationen zur Konferenz: www.frauenbeauftragte.de

Twitter: [gleichberechtigt@bagkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@bagkommunal)

Infos zur Konferenz: [#gleichstellungistzukunft](https://twitter.com/gleichstellungistzukunft) und [#Damenwahl](https://twitter.com/Damenwahl)



Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

15.05.2017 Focus (Landkreis Hameln-Pyrmont)

Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung!
Montag, 15.05.2017, 14:15
Unterzeichnung der Wolfsburger Erklärung

Bei der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfsburg waren in der letzten Woche auch die heimischen Gleichstellungsbeauftragten Kirsten Wente, Landkreis Hameln-Pyrmont, Nicole Glaß, Stadt Hameln und Stephanie Wagener, Stadt Hesisch Oldendorf mit dabei.

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die Auswirkungen davon sind als erstes in den Kommunen zu spüren.

„Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: In der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern“, sagt Kirsten Wente.

Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht. Alle Kommunen im Landkreis Hameln-Pyrmont sollen eine „Kommune mit Zukunft“ werden – so die Forderung der Gleichstellungsbeauftragten. Dazu gehören:

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür unverzichtbar. Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet. Darin fordern sie u. a.:

Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kom-

munalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten.

„Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer“, so Stephanie Wagener abschließend. Informationen zur Konferenz: www.frauenbeauftragte.de

Twitter: [gleichberechtigt@bagkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@bagkommunal)

Infos zur Konferenz: [#gleichstellungstzukunft](https://twitter.com/gleichstellungstzukunft) und [#Damenwahl](https://twitter.com/Damenwahl)

nfni/Landkreis Hameln-Pyrmont

© FOCUS Online 1996-2017

15.05.2017 Stadt Hannover

Auf der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten wurde unter anderem die „Wolfsburger Erklärung“ unterzeichnet.



Teilnehmerinnen der 24. Bundeskonferenz

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen, so das Fazit der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands, die vom 7. bis 9. Mai in Wolfsburg stattgefunden hat. Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die Auswirkungen davon sind als erstes in den Kommunen zu spüren. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, kommt familien- und pflegefreundlichen Arbeitsmodellen, die den Bedürfnissen von Männern und

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine immer wichtigere Rolle zu.

„Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: in der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern“, betont Petra Mundt, Gleichstellungsbeauftragte der Region Hannover.

„Eine Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für Alle schaffen – unabhängig vom Geschlecht.“

Wolfburger Erklärung

„Kommunen mit Zukunft“ sorgen dafür, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren, sie treten gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung ein und liefern ein Vorbild für eine gerechte Gesellschaft. Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte haben dafür bei der 24. Bundeskonferenz die „Wolfburger Erklärung“ verabschiedet. Mit diesem Papier fordern sie unter anderem die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen.

Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung und bei den kommunalen Töchtern vertreten sind.

„Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht“, so Petra Mundt. Deshalb brauche es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien sowie Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen bestehe die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser gehe besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen.

„Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten. Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer“, so die Gleichstellungsbeauftragte

der Region Hannover.

Informationen zur Konferenz gibt es unter: www.frauenbeauftragte.de und auf

Twitter: [gleichberechtigt@bagkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@bagkommunal) sowie unter den Hashtags:

#gleichstellungszukunft und #Damenwahl.

16.05.2017 Stadt Drolshagen

Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfsburg erfolgreich zu Ende gegangen
Mit dabei: Angelika Schlicht, Demografie- und Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Drolshagen



„Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant. Die Auswirkungen davon sind als erstes in den Kommunen zu spüren. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: In der Stadt- und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung und in der Besetzung von Führungspositionen“, sagt Angelika Schlicht, Demografie- und Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Drolshagen.

Auf der Bundeskonferenz haben ca. 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die »Wolfburger Erklärung« verabschiedet. Darin fordern sie u.a. eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen und bundesweit

einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind mit ausreichenden Ressourcen und Rechten auszustatten. In allen kommunalpolitischen Entscheidungen müssen die Lebenswirklichkeiten von Männern, Frauen, Jungen und Mädchen berücksichtigt werden. Voraussetzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien vertreten sind. „Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten“, so Angelika Schlicht abschließend.

Neben den ernsthaften Themen kam auch der Humor nicht zu kurz. Auf youtube präsentieren die Gleichstellungsbeauftragten ihren neuen Film: »Agentinnen des Wandels«.

16.05.2017 Stadt Korschenbroich

Pressemitteilung vom 16.05.2017

Bundeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten in Wolfsburg: Angelika Brieske war für Korschenbroich dabei „Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen“, weiß die Korschenbroicher Gleichstellungsbeauftragte Angelika Brieske. Sie hat an der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfsburg teilgenommen. Hier haben die rund 400 Teilnehmerinnen die so genannte „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet. Darin fordern sie unter anderem eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen sowie ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte. Darüber hinaus wünschen sie sich bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort sowie die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen.

„Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb braucht es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gre-

mien sowie Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben“, fordert auch Angelika Brieske.

Arbeitswelt und Gesellschaft änderten sich rasant. Die Auswirkungen davon seien als erstes in den Kommunen spürbar. „Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und Einwohnerinnen berücksichtigen: in der Stadt –und Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung kommunaler Gelder“, sagt Angelika Brieske. Für die Stadt Korschenbroich stellt sie fest: „Für eine Kommune mit Zukunft sind eine passgenaue Daseinsvorsorge, ein schonender Umgang mit den kommunalen Ressourcen und ein faires und vielfältiges gesellschaftliches Miteinander anzustreben.“

19.05.2017 Stadt Trier

19.05.2017

Nur mit umfassender Gleichstellung sind Kommunen zukunftsfähig

(pe) „Eine gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen.“ Das betonte die Trierer Frauenbeauftragte Angelika Winter nach der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Wolfsburg. Die Folgen einer rasant veränderten Arbeitswelt und Gesellschaft seien zuerst in den Städten zu spüren. In Zeiten eines beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte spielten familien und pflegefreundliche Arbeitsmodelle eine große Rolle. „Kommunen sind vor allem dann lebenswert, wenn die Ansprüche aller Bewohner in der Stadt- und Verkehrsplanung, bei der Besetzung von Führungspositionen und in der geschlechtergerechten Verwendung von kommunalen Geldern berücksichtigt werden“, betonte Winter.

Die Mitspracherechte müssten erweitert, die direkte und indirekte Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigt und gleiche Verwirklichungschancen für alle geschaffen werden. „Trier soll eine Kommune mit Zukunft werden“, fordert Winter. Dafür müssten mehrere Bedingungen erfüllt werden:

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

- Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen
- Gleicher Nutzen für Frauen und Männer aus veränderten Arbeitsbedingungen
- Eintreten gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt sowie gegen Gewalt und Diskriminierung
- Vorbildfunktion für eine gerechte Gesellschaft.

Um das zu erreichen, seien Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte unverzichtbar. Daher haben auf der Bundeskonferenz rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsburger Erklärung“ verabschiedet. Darin sind unter anderem folgende Forderungen enthalten:

- Verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen
- Ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
- Bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort
- Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen.

Um dieses letzte Ziel zu erreichen, müssten auch mehr Frauen in politischen Gremien sowie Führungspositionen der Verwaltung und bei deren Tochterunternehmen vertreten sein. „Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht. Deshalb brauchen wir eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die diese Vorgabe auch in kommunalen Gremien macht“, betont Winter. Gerade angesichts erstarkender populistischer Tendenzen drohe ein gesellschaftlicher Rückschritt, der besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen gehe. „Gleichberechtigte Rollenbilder treffen auf Konzepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten. Das erfordert eine klare Positionierung der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer“, sagte Winter.

19.05.2017 Elke Twesten

24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten
KOMMUNE MIT ZUKUNFT? NICHT OHNE GLEICHSTELLUNG!



Geballte Frauenpower auf der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten!

Geballte Frauenpower auf der 24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten!

Geballte Frauenpower: In Wolfsburg haben sich vom 7. bis 9. Mai 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sowie PolitikerInnen und weitere ExpertInnen getroffen, um über die Zukunft der Gleichstellung in den Kommunen zu diskutieren.

Auf der 24. Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten wurde ganz deutlich: Ohne konsequente Gleichstellung in den Kommunen geht es nicht. Fünf Eckpunkte wurden in der „Wolfsburger Erklärung“ festgehalten:

- Zukunftsfähige Kommunen setzen sich für einen integrativen Arbeitsmarkt ein, der sich durch Entgeltgleichheit und Vermeidung von (Alters-)Armut auszeichnet.
- Zukunftsfähige Kommunen sichern nicht nur die Entfaltungsfreiheit eines jeden, sondern auch den Schutz vor (sexualisierter) Gewalt und die Präventionsarbeit.
- Zukunftsfähige Kommunen unterstützen die verschiedenen Formen des Zusammenlebens mit flexiblen familienpolitischen Maßnahmen und setzen sich für verbesserte strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen sowie die Anerkennung von Pflege und Sorgearbeit ein.
- Zukunftsfähige Kommunen setzen sich für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

Männern in allen politischen Entscheidungsgremien ein.

- Zukunftsfähige Kommunen denken die Gleichstellungsperspektive bei allen Entscheidungen mit.

Eine weitere, schon lange bestehende, aber nach wie vor nicht umgesetzte Forderung ist die bundeseinheitliche Finanzierung für Frauenhäuser und Hilfsangebote bei Gewalt gegen Frauen oder Mädchen.

Mein Fazit: Dass so viele Frauen mit großer Fachkompetenz und Praxiserfahrung aus ganz Deutschland auf einmal zusammenkommen, ist selten - umso dankbarer bin ich der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros, dass sie diese 24. Bundeskonferenz organisiert hat. Ich konnte viele wertvolle Impulse und Eindrücke für meine politische Arbeit mitnehmen. Jetzt gilt es, die „Kommunen der Zukunft“ aktiv und vor Ort zu gestalten!

Die Wolfsburger Erklärung, Bilder von der Konferenz und die Pressemitteilung der BAG gibt es hier als Download.

23.05.2017 Rheinische Post (RP)

23. Mai 2017 | 00.00 Uhr

Interview Nicole Musiol

Flüchtlingsarbeit betrifft auch Rollenbilder

Dormagen. Die Migration stellt die Rommerskirchener Gleichstellungsbeauftragte vor neue Herausforderungen.

Frau Musiol, Sie haben an der Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Wolfsburg teilgenommen. Mit welchen Eindrücken sind Sie zurückgekehrt?

Nicole Musiol Ich bin gestärkt, informiert und positiv gestimmt aus Wolfsburg zurückgekehrt. Die Bundeskonferenz ist immer eine hervorragende Möglichkeit, sich mit anderen Kolleginnen außerhalb des Rhein-Kreises und Nordrhein-Westfalens zu treffen und kritisch über Probleme und Lösungsansätze zu sprechen. Best-Practice-Beispiele werden aufgegriffen und auf die eigenen Kommune übertragen. Es ist schade, dass man nicht an allen Foren teilnehmen kann, alle sind sehr interessant und informativ.

Hat sich Ihre Arbeit durch Zuzug von Flüchtlingen mit teils anderem Rollenverständnis verändert? Welche neuen Herausforderungen gibt es?

Musiol Viele der Zuwanderer und Flüchtlinge haben ein ganz anderes Welt- und Frauenbild. Wir werden -nicht nur in Rommerskirchen - durch den Flüchtlingsstrom wieder vermännlichte Situationen und Strukturen

haben. Die zugewanderten und geflüchteten Frauen zu erreichen, ist teilweise sehr schwierig, u.a. auch durch bestehende Sprachbarrieren. Wir müssen den Familien und auch Alleinreisenden erklären und eindringlich darstellen, dass Frauen und Männer in Deutschland gleichberechtigt sind, dass Frauen nicht geschlagen werden dürfen, dass sie ein freies und selbstbestimmtes Leben führen dürfen.

In Wolfsburg haben Sie u.a. an einem Forum mit dem Titel "Geschlechtergerechtigkeit im ländlichen Raum" teilgenommen. Was nehmen Sie aus dieser Veranstaltung für Rommerskirchen mit?

Musiol Oftmals gibt es - ähnlich wie in Rommerskirchen - nicht sehr viele Kooperationspartner, die mit der Gleichstellungsbeauftragten Projekte planen, durchführen oder Unterstützung und Multiplikation leisten können. Die Gleichstellungsbeauftragte im ländlichen Bereich ist oft "Einzelkämpferin" und muss sich förmlich zerreißen, um in der meist geringen Arbeitszeit alle Aufgaben und Termine erfüllen zu können. Es gilt, individuell eine Priorisierung vorzunehmen, wobei dies bei den vielfältigen Aufgabenbereichen nicht immer leicht ist.

In einem anderen Forum ging es um Indikatoren für gute Gleichstellungsarbeit. Welche Hinweise haben Sie dort für Rommerskirchen bekommen?

Musiol Die Erfolge kommunaler Gleichstellungsarbeit sind nicht immer direkt greifbar. Die Wirkung erfolgreicher Gleichstellungsarbeit lässt sich jedoch mittel- bis langfristig messen. Indikatoren sind Anzeiger, die komplexe Sachverhalte verständlich greif- und messbar machen.

Was heißt das konkret?

Musiol Es sind Marker, mit denen festgestellt werden kann, ob Handlungsbedarf besteht, wo Mängel zu finden oder Aufgaben zu erfüllen sind. Indikatoren können als Maßstab und als Orientierung dienen und ermöglichen einen Überblick über bestehende Aufgaben und Maßnahmen - somit können Schlüsse für weitere Vorgehensweisen gezogen werden.

Worüber wurde im Detail gesprochen?

MusiOL Zum Beispiel über Abbau von Geschlechterstereotypen, Arbeit und Berufswahl, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, politische Partizipation, Migration und Integration, Gesundheit, Sicherheit und Gewalt sowie Kultur, Sport und Freizeit. Nach und nach werde ich mich den Themengebieten - bezogen auf Rommerskirchen - annehmen, den Status Quo anhand der Indikatoren feststellen und geeignete Maßnahmen ergreifen.

Es gibt nur weibliche Gleichstellungsbeauftragte, in Wolfsburg waren 400 dabei. Warum ist es aus Ihrer Sicht richtig, dass Männer dieses Amt nicht wahrnehmen können?

MusiOL Zum einen ist es im Gesetz verankert. Desweiteren sind Männer nicht interessiert, benachteiligende Strukturen gegenüber Frauen zu ändern. Es sind immer noch sehr viel mehr Frauen als Männer in den unterschiedlichsten Lebenssituationen benachteiligt und nicht gleichberechtigt. Daher halte ich Männer als Gleichstellungsbeauftragte nicht für fortschrittlich und zielführend.

STEFAN SCHNEIDER FÜHRTE DAS INTERVIEW MIT DER GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN.

Quelle: NGZ

30.05.2017 Heimatreport

Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung

Kreis Borken

von Dark - Mai 30, 2017

24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Deutschlands in Wolfsburg erfolgreich zu Ende gegangen

Kreis Borken (pd). Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der entscheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Das ist eine zentrale Erkenntnis, die die Gleichstellungsbeauftragten aus dem Kreis Borken von der Bundeskonferenz in Wolfsburg mitgenommen haben. Denn Arbeitswelt und Gesellschaft ändern sich rasant.

Die Auswirkungen davon sind als erstes in den Kommunen zu spüren. Schon heute, in Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die den Bedürfnissen von Männern und Frauen gleichermaßen gerecht werden, eine große Rolle.



An der Bundeskonferenz nahmen aus dem Kreisgebiet (v. li.) Ulla Mußenbrock (Stadt Velen), Christiane Betting (Stadt Gescher), Edith Brefeld (Stadt Gronau), Anna Grütering-Woeste (Stadt Borken), Sybille Großmann (Stadt Ahaus), Astrid Schupp (Stadt Bocholt), Cordula Mauritz (Stadt Stadtlohn), Irmgard Paßerschroer (Kreis Borken) und Ute Schulte (Stadt Rhede) teil.

„Lebenswerte Kommunen werden zunehmend solche sein, die die Ansprüche von allen Einwohnerinnen und Einwohnern berücksichtigen: In der Stadt- und Verkehrsplanung, in Politik und Verwaltung, in der Besetzung von Führungspositionen und in der gendergerechten Verwendung von kommunalen Geldern“, konstatiert Irmgard Paßerschroer, Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Borken. Eine Kommune mit Zukunft müsse unmittelbare und mittelbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für alle schaffen.

Dazu gehöre die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen in allen Bereichen und bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen: „Kommunen der Zukunft sorgen dafür, dass Frauen und Männer von veränderten Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren, treten gegen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und gegen Gewalt und Diskriminierung ein. Damit sind sie ein Vorbild für eine gerechte Gesellschaft“, so Astrid Schupp, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bocholt.

Auf der Bundeskonferenz verabschiedeten die rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten die „Wolfsburger Erklärung“. Darin fordern sie:

- eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstellungsarbeit für alle Kommunen • ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte • bundesweit einheitliche Standards für die Gleichstellungspolitik vor Ort sowie • die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen. Voraussetzung dafür sei auch, dass mehr Frauen in politischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung und bei den kommunalen Töchtern vertreten sind.

Freiwillig passiere das nicht, hieß es dazu in Wolfsburg. Deshalb brauche es eine Quotierung in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Gremien und Landesgleichstellungsgesetze in allen Bundesländern, die eine Quotierung auch in kommunalen Gremien vorschreiben. Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen Tendenzen bestehe die Gefahr des gesellschaftlichen Rückschrittes. Dieser gehe besonders zu Lasten von Frauen und Mädchen. „Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Konzepte, die wir längst als veraltet angesehen hatten. Das erfordert eine klare Positionierung seitens der Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen und Männer“, erklärt Edith Brefeld, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Gronau, abschließend.

Informationen zur Konferenz gibt es unter www.frauenbeauftragte.de und über Twitter: gleichberechtigt@bagkommunal.

01.06.2017 Localbook Faßberg

Kommune mit Zukunft: Nur mit Gleichstellung
Faßberg

24. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und
Gleichstellungsbeauftragten

Deutschlands in Wolfsburg erfolgreich zu Ende ge-
gangen

Gelingende Gleichstellungspolitik ist einer der ent-
scheidenden Faktoren für die Zukunftsfähigkeit der
Kommunen. Arbeitswelt und Gesellschaft ändern
sich rasant. Die Auswirkungen davon sind als ers-
tes in den Kommunen zu spüren. Schon heute, in
Zeiten des beginnenden Fachkräftemangels und der
Konkurrenz um Arbeitskräfte, spielen Themen wie
familien- und pflegefreundliche Arbeitsmodelle, die
den Bedürfnissen von Männern und Frauen glei-
chermaßen gerecht werden, eine große Rolle. Le-
benswerte Kommunen werden zunehmend solche
sein, die die Ansprüche von allen Einwohnern und
Einwohnerinnen berücksichtigen: In der Stadt- und
Verkehrsplanung, im Mitspracherecht in Politik
und Verwaltung, in der Besetzung von Führungs-
positionen und in der gendergerechten Verwendung
von kommunalen Geldern, sagt Bianka Lawin. Eine
Kommune mit Zukunft muss unmittelbare und mit-
telbare Diskriminierung von Frauen und Mädchen
beseitigen und gleiche Verwirklichungschancen für
Alle schaffen, unabhängig vom Geschlecht.

Der Landkreis Celle soll eine „Kommune mit Zu-
kunft“ werden fordert Bianka Lawin.

Dazu gehört:

- die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen
in allen Bereichen und bei allen
kommunalpolitischen Entscheidungen.
 - „Kommunen der Zukunft“ sorgen dafür, dass
Frauen und Männer von veränderten
Arbeitsbedingungen gleichermaßen profitieren
 - treten gegen Benachteiligungen auf dem Arbeits-
markt und gegen Gewalt und
Diskriminierung ein
 - sind Vorbild für eine gerechte Gesellschaft
- Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind dafür
unverzichtbar.

Auf der Bundeskonferenz haben die ca. 400 Frau-
en- und Gleichstellungsbeauftragte die „Wolfsbur-
ger Erklärung“ verabschiedet. Darin fordern wir
u.a.:

- eine verbindliche und hauptamtliche Gleichstel-

lungsarbeit für alle Kommunen

- ausreichende Ressourcen und Rechte für Frauen-
und Gleichstellungsbeauftragte
- bundesweit einheitliche Standards für die Gleich-
stellungspolitik vor Ort
- die Berücksichtigung der Lebenswirklichkeit von
Frauen, Männern, Mädchen und Jungen bei allen
kommunalpolitischen Entscheidungen. Voraus-
setzung dafür ist auch, dass mehr Frauen in poli-
tischen Gremien und in Führungspositionen der
Verwaltung und bei den kommunalen Töchtern
vertreten sind.

Die Erfahrung zeigt: Freiwillig passiert das nicht.
Deshalb braucht es eine Quotierung in allen ent-
scheidenden politischen und wirtschaftlichen Gre-
mien und Landesgleichstellungsgesetze in allen
Bundesländern, die eine Quotierung auch in kom-
munalen Gremien vorschreiben.

Gerade in Zeiten von erstarkenden populistischen
Tendenzen besteht die Gefahr des gesellschaftli-
chen Rückschrittes. Dieser geht besonders zu Las-
ten von Frauen und Mädchen.

Gleichberechtigte Rollenbilder treffen so auf Kon-
zepte, die wir längst als veraltet geglaubt hatten.
Das erfordert eine klare Positionierung seitens der
Politik für eine lebenswerte Gesellschaft für Frauen
und Männer, so Bianka Lawin abschließend.

Informationen zur Konferenz:

www.frauenbeauftragte.de

Twitter: [gleichberechtigt@bagkommunal](https://twitter.com/gleichberechtigt@bagkommunal)

Infos zur Konferenz: [#gleichstellungstzukunft](https://twitter.com/gleichstellungstzukunft) und
[#Damenwahl](https://twitter.com/Damenwahl)

Pressespiegel 24. Bundeskonferenz 2017

Impressum

Herausgegeben von der
Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler
Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG)



Kontakt

Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG)
kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen
Geschäftsstelle
Weydingerstraße 14-16
10178 Berlin
Fon 0 30 - 240 09 812
Fax 0 30 - 240 09 813
bag@frauenbeauftragte.de
www.frauenbeauftragte.de

Die Zusammenstellung der Texte und Bildbeiträge sowie die Gesamtherstellung erfolgte mit der gebotenen Sorgfalt, jedoch ohne Gewähr.

Fotos: Susanne Hübner, Wolfenbüttel

Redaktion/Zusammenstellung/Lektorat: Anke Spiess, Pressereferentin

Gestaltung, Satz und Produktion: Manja Ebert

Die Bundeskonferenz und die Erstellung des Pressespiegels wurden gefördert durch

das Bundesministerium für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend



und das Niedersächsische Ministerium für
Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

